

Beschluss (vorläufig) AfD-Verbot

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Das vor 75 Jahren in Kraft getretene Grundgesetz mit seiner Verankerung von
2 Grundrechten, Schutz von Minderheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gilt
3 es mit allen Kräften zu verteidigen. Das Grundgesetz gibt uns aus der Erfahrung
4 der Nazi-Diktatur heraus die Mittel dafür. Es ist die Verantwortung aller
5 demokratischen Parteien, des Bundestages, des Bundesrates und der Länder sowie
6 der Bundesregierung, diese Mittel im Kampf gegen Verfassungsfeinde auch zu
7 nutzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft.

8 Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir begrüßen und unterstützen deshalb im
9 Bundestag geplante parteiübergreifende Initiativen als wichtigen Schritt zur
10 Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD durch das
11 Bundesverfassungsgericht.

12
13 Wir fordern die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder, insbesondere die
14 Innenministerien, auf, unverzüglich zur Vorbereitung und Stellung eines
15 Parteiverbotsantrags beizutragen, indem sie dem Bundestag und seinen
16 Abgeordneten die für ihre Tätigkeit hier notwendigen Informationen, insbesondere
17 eine aktuelle Materialsammlung, auf rasche und zuverlässige Weise verschaffen.

18 Dies soll, zusammen mit den vielen und seit langem bekannten Erkenntnissen über
19 die AfD und unterstützt durch externen Sachverstand, insbesondere
20 zivilgesellschaftlicher Initiativen, als Grundlage dienen für eine von
21 Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam, beim
22 Bundesverfassungsgericht endlich zu beantragende Entscheidung, dass die AfD
23 verfassungswidrig ist.

24
25 Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, besonders auch ihre grünen Mitglieder,
26 werden aufgefordert, einen solchen Antrag zu unterstützen.